



*Jahresversammlung KVV vom 28. Mai 2010
in Zürich*

Präsentation Markus Kägi, Präsident BPUK

Umweltschutz in der Politik **Zusammenarbeit zwischen KVV und BPUK**

Sehr geehrte Vorsteher der kantonalen Umweltämter,
sehr geehrte Damen und Herren



Der Mensch hat in den letzten fünfzig bis hundert Jahren die Umwelt massiv belastet, deutlich mehr als in allen Jahrhunderten davor zusammen. Jeder hier weiss, welche Auswirkungen damit verbunden sind. Dramatische Bilder von Überschwemmungen, schmelzenden Gletschern, vergifteten Böden und Ölteppichen führen uns dies vor Augen.

In der Schweiz haben wir viel getan für den Umweltschutz, und wir werden im Ausland als Vorbild genannt. Ich meine zu Recht,

und zwar nicht nur was die Gesetzgebung angeht – denn davon allein wird die Luft nicht sauber – sondern vor allem wegen dem funktionierenden Vollzug. Das ist ein grosses Verdienst der kantonalen Umweltämter. Auch weil Sie untereinander so gut zusammenarbeiten, wie wir heute gerade sehen.

Dennoch gibt es heute viel Handlungsbedarf, und in Zeiten knapper Staatsmittel kommt der Umweltschutz besonders unter Druck. Denken Sie an das Sparprogramm des Bundes: Der Bundesrat möchte die Umwelttechnologie-Förderung streichen und Beiträge an den Gewässerschutz kürzen. Auf Beiträge zur Nachrüstung von Abwasserreinigungsanlagen will er verzichten.

Mit einer gemeinsamen Haltung können die Interessen der Kantone gegenüber dem Bund besser gewahrt werden. Auf politischer Ebene vertritt die BPUK die kantonalen Umweltinteressen. Das funktioniert aber nur mit Ihrer ausgezeichneten fachlichen Unterstützung, und wenn wir uns gut koordinieren.

Ich danke Ihnen, dass Sie mich anlässlich Ihrer Jahresversammlung zu einer kleinen Rede eingeladen haben. Der Umweltschutz hat heute in Gesellschaft und Politik einen hohen Stellenwert. Dem war nicht immer so: Lassen Sie mich einen kleinen Rückblick machen.

„Die Städte wachsen und das graue Meer der Häuser überflutet die Landschaft, ohne dass dieser Flut wirksame Dämme entgegengesetzt werden können. Es mangelt an vorausschauender Planung im grossen, es fehlte die Institutionen, um die ungebändigten Kräfte zu zügeln. Die Gewässerverschmutzung und die Luftverpestung schreiten fort. Die Möglichkeit katastrophaler Entwicklungen ist greifbar gegeben.“

Max Imboden, Prof. für öffentliches Recht, 1962

In der Nachkriegszeit bis in die 70er-Jahre stand der Kampf um mehr Lebensqualität im Vordergrund. Die Leute setzten sich weniger damit auseinander, dass unser Planet bedroht ist.

Die zunehmende, vom Menschen verursachte Veränderung unserer natürlichen Umwelt wird aber immer mehr als Kehrseite des Wachstums wahrgenommen und problematisiert, wie das Zitat von Max Imboden von 1964 aus seinem Aufsatz „Helvetisches Malaise“ zeigt. Max Imboden war in den 50er-

und 60er-Jahren Professor für öffentliches Recht an der Uni Basel.

Es entsteht ein vermehrt ganzheitliches, wissenschaftlich abgestütztes Verständnis der Mensch-Natur-Wechselwirkungen. In den 70er-Jahren bekommt der Umweltschutz in der Bevölkerung eine hohe Akzeptanz. Es entsteht enormer Druck auf die Politik.

Der Verfassungsartikel zum Umweltschutz wurde in der Volksabstimmung von 1971 mit überwältigendem Mehr angenommen: 93% Ja. Das politische System reagiert auf diese Aufforderung des Souveräns allerdings nur zaghaft. Vor allem kam es zu einem rezessionsbedingten Stillstand im Umweltschutz in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre.

**Schlimmer als
die Borkenkäfer
Unsere Politiker**

Plakat 1983

In den 80-er Jahren jagen sich die Schreckensmeldungen:

- Waldsterben 1983
- Tschernobyl
- Schweizerhalle 1986
- Zerstörung der Ozonschicht
- Entdeckung der Klimaproblematik, usw.

Die Bevölkerung ist alarmiert.

Im Umweltbereich sind grosse Fortschritte zu verzeichnen. Das Umweltschutzgesetz von 1983 gilt als Meilenstein der schweizerischen Umweltpolitik. Und der Weltumwelt-Gipfel in Rio de Janeiro 1992 ist der Höhepunkt einer Aufbruchphase.

Danach rückt der Umweltschutz auf der politischen Agenda nach hinten. Die Umsetzung des Kyoto-Protokolls von 1997 erweist sich als schwierig. Der Umweltschutz bleibt aber gleichzeitig eine anerkannte Aufgabe der Politik und viele Massnahmen der 80er-Jahre zeigen langfristig Wirkung.



Im letzten Jahrzehnt hat der Umweltschutz wieder einen starken Aufschwung erfahren. Wir scheuen die Kosten nicht, Fehler der Vergangenheit möglichst zu beheben. Über Sondermülldeponien ist Gras gewachsen, aber nur wortwörtlich: Das Problem ist deswegen nicht behoben und wir müssen den Boden sanieren.

Der Stellenwert der Umwelt zeigt sich besonders in der Klimadebatte. Die Leute zahlen heute bei Flugreisen Kompensationszahlungen auf MyClimate und so weiter. Das

Prinzip ist nicht neu, die katholische Kirche hat den Ablass schon lange erfunden. Nun gibt es einen modernen Ablass für moderne Sünder, die Klimasünder.

Oder auf Neudeutsch ausgedrückt: Umweltschutz ist „in“. Das Bewusstsein hat sich verstärkt, mit den natürlichen Ressourcen nachhaltig umzugehen. Gleichzeitig haben wir beobachtet, dass die Bevölkerung zunehmend sensibler reagiert und manchmal überreagiert auf Umwelteinflüsse wie Lärm, Luft und Strahlung.

Umweltschutz ist aber nicht bloss „in“, sondern eine Notwendigkeit. Mit dem geänderten Bewusstsein ist es nicht getan, es braucht wirksame Massnahmen. Diesen Herausforderungen wollen wir uns stellen und den Umweltschutz im nächsten Jahrzehnt voranbringen.

Dazu sind wir auf Sie, geschätzte Damen und Herren, angewiesen. Starke Umweltbehörden sind enorm wichtig für einen funktionierenden Umweltschutz: Die kantonalen Umweltämter und das Bundesamt für Umwelt sind der Grundpfeiler für eine konsistente Umweltpolitik.



Treten Sie als Anwalt für die Umwelt auf! Wir wissen, dass dies gerade im Umweltbereich oft nicht einfach ist: Zwischen der Implementation einer Massnahme und der Wirkung vergeht oft sehr viel Zeit, in der wenig Wirkungen zu sehen ist.

Ein Nachteil für eine Politik, welche in Wahlperioden denkt!

- Umweltschäden sind oft kaum wahrnehmbar.
- Die Wirkung einer Massnahme bleibt vielen grundsätzlich ver-

schlossen.

- Die Nutzniesser einer Massnahme sind häufig wenig konkret wahrnehmbar als diejenigen, die Opfer bringen müssen (und sich deshalb besser organisieren): Oft hat die Umwelt keine Lobby.

Meine politische Erfahrung: Umweltmassnahmen finden Mehrheiten und kommen politisch zum Durchbruch, wenn

- die Bevölkerung direkte Gesundheitsschäden befürchtet oder wenn
- ein direkter Nutzen für einen grossen Bevölkerungskreis resultiert, zum Beispiel Hochwasserschutz verbunden mit Renaturierung. Hier sind die „Landwirtschaftskreise“ ausgeschlossen.
- Die Chancen verstärken sich, wenn ganze Branchen damit Geld verdienen können, z.B. in der Solar-Technologie, bei der Altlasten-Entsorgungen usw.

Wichtig ist, das richtige Instrument zu wählen, um ein Umweltziel zu erreichen. Oft liegen Gebote und Verbote auf der Hand: Immissionsbegrenzungen, Emissionsbegrenzungen, Vorschriften für den Umgang mit umweltgefährdenden Stoffen und Produktstandards, Bewilligungspflichten, haftungsrechtliche Vorschriften.

Aber es müssen nicht immer Verbote sein, andere Instrumente sind oft sehr erfolgreich und stossen auf Akzeptanz. Zum Beispiel marktwirtschaftliche Instrumente wie Subventionen, Lenkungsabgaben, Gebühren, Pfandsysteme, Einrichtung von Märkten.

Sehr gute Erfahrungen habe ich mit Vereinbarungen gemacht, also Branchen-Vereinbarungen zwischen Staat und Wirtschaft oder Zertifizierungen und Labels.

Und vergessen Sie nicht die Kommunikation: Information der Bevölkerung, Umwelt-Tipps etc. Jeder einzelne kann einen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Sind Sie Anwalt für die Umwelt: Zeigen Sie den Zusatznutzen von Umweltmassnahmen auf, um politische Mehrheiten zu erzielen!



Damit sind wir bei der Schnittstelle von Umweltbehörden und Politik. Die Zusammenarbeit zwischen der BPUK und der KVVU ist ein Anliegen, das mir am Herzen liegt.

In der Summe haben wir eine Ladung geballten Wissens und politische Möglichkeiten. Wenn wir uns geschickt koordinieren, wenn ein Rad ins andere greift, erzeugen wir eine grosse Kraft.



Denn die Kantone müssen in der Umweltpolitik besonders zusammenstehen. Von der Kompetenzordnung ist es in vielen Umweltbereichen so, dass der Bund die Gesetze macht und die Kantone für den Vollzug zuständig sind.

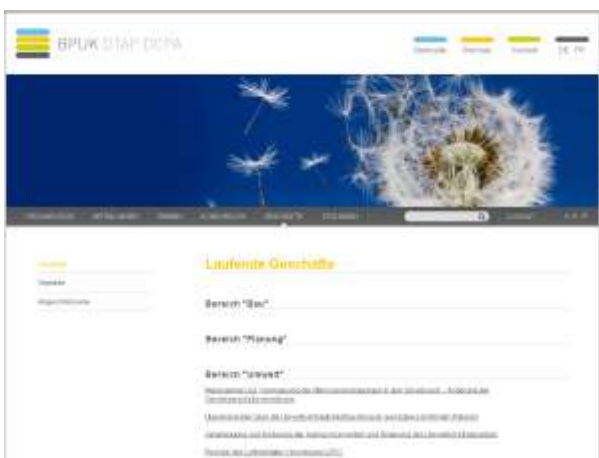
Staatspolitisch kritisiere ich, dass wichtige und einschneidende Massnahmen nicht auf Gesetzesstufe, sondern in Bundes-Verordnungen geregelt sind. Der Bundesrat bestimmt so im Alleingang die Umweltpolitik, am Parlament und an den Kantonen

vorbei.

So haben etwa die – in der Lärmschutzverordnung geregelten – Lärmgrenzwerte für Flughäfen direkte Auswirkungen auf die kantonale Umwelt- und Raumordnungs-Politik. Oder eine Regelung in der Gewässerschutzverordnung über Mikroverunreinigungen in Abwasserreinigungsanlagen: Das hat für die Kantone Kosten in Milliardenhöhe zur Folge.

Wir wehren uns nicht aus Prinzip gegen Umweltmassnahmen des Bundes. Es ist uns aber wichtig, dass wir frühzeitig einbezogen werden. Auch für den Bund muss eine gute Zusammenarbeit mit den Kantonen auf fachlicher und politischer Ebene von Interesse sein, sehr geehrte Damen und Herren vom Bundesamt für Umwelt.

Wir Kantone müssen ja – ich will nicht sagen die Suppe auslöffeln – wir müssen die Gesetze vollziehen. Ich versichere Ihnen, bei gemeinsam erarbeiteten Lösungen ist die Akzeptanz der Vollzugsbehörden höher und die Umsetzung besser. Damit ist der Umwelt am meisten gedient.



Ich bin überzeugt: Der Wille der guten Zusammenarbeit zwischen Ihnen und der BPUK ist von allen Seiten vorhanden. Das zeigt sich aktuell an der Revision der Gewässerschutzverordnung, beim Thema Mikroverunreinigungen von Abwasserreinigungsanlagen. Was machen KVVU und BPUK ganz konkret für eine erfolgreiche Zusammenarbeit?

Erstens: Wir verbessern den Informationsaustausch.

Die neue BPUK-Geschäftsstelle ist transparent und informiert frühzeitig auf der neuen Homepage www.bpuk.ch, welche Geschäfte bis wann bearbeitet werden, und ob die KVVU allenfalls zum Mitbericht eingeladen wird. Sie finden weitere Informationen über BPUK-Versammlungen usw.

Ganz wichtig ist der persönliche Kontakt. Stehen entsprechende Geschäfte an, laden wir den Präsidenten oder einen Vertreter Ihrer Konferenz gerne in unsere Versammlungen oder Vorstandssitzungen ein. Ebenso begrüsse ich es, wenn die BPUK-Geschäftsstelle, Herr Wittwer und Frau Maissen, zu Ihrer Versammlung eingeladen sind, und natürlich auch sonst unkomplizierten Kontakt pflegen.

Zweitens: Bringen Sie wenn nötig Ihre Anliegen bei uns ein.

Die BPUK-Geschäftsstelle ist offen für Anliegen der Fachkonferenzen, wenn gegenüber dem Bund politischer Handlungsbedarf besteht.

Drittens: Wir treten koordiniert auf.

Das kann bereits der Fall sein, wenn es um kantonale Vertreter in Arbeitsgruppen geht oder bei Treffen mit dem Bundesamt für Umwelt. Oder bei Verhandlungen mit Bundesbehörden, oder bei Medienmitteilungen usw.

Ich halte es für glücklich, dass Ihr Sekretariat bei der BPUK-Geschäftsstelle angegliedert ist. Das wurde übrigens vom Vorstand und der Plenarversammlung einhellig begrüsst. Dass die Zusammenarbeit so gut ins Laufen kommt, ist auch ein Verdienst von Frau Victoria Maissen. Wie ich von Jürg Suter und Beni Wittwer weiss, führt sie mit viel Geschick und Sachverstand das KVU-Sekretariat und die Umwelt-Dossiers der BPUK.



Bedanken möchte ich mich bei Ihnen, meine sehr geehrte Damen und Herren, und besonders auch bei Ihrem Präsidenten, Jürg Suter, für die gute Zusammenarbeit, welche auch immer angenehm ist. Was aus der Konstellation zwischen ihm und mir für ihn viel einfacher ist!

Besten Dank.